

## **MINDERHEITEN, MIGRANTEN UND MENSCHENRECHTE IN EUROPA**

### **VON FARUK SEN**

Zur Zeit befindet sich die europäische Gesellschaft in einem Dilemma. Einerseits gewinnt der Schutz der Menschenrechte in öffentlichen Reden und politischen Verhandlungen zunehmend an Bedeutung, andererseits breiten sich ein aggressiver Nationalismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit immer mehr aus. Eines der Hauptprobleme, mit denen Europa konfrontiert ist - und auch in Zukunft sein wird - ist das der Migration. Das Phänomen der Auswanderung verbindet sich immer stärker mit Begriffen wie Demokratie und Menschenrechte. Obwohl Anstrengungen unternommen werden, um die Europäische Union zu festigen, birgt diese doch erhebliche Lücken in Bezug auf die Rechte von Einwanderern und Minderheiten. An der Art und Weise wie Emigranten und ethnische Minderheiten in das gesellschaftliche und politische Leben des Gastgeberlandes integriert werden, manifestiert sich das Verständnis von Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten in unserer Gesellschaft.

Auch wenn dies offiziell noch nicht anerkannt worden ist, sind heute viele europäische Länder zu Einwanderungsländern geworden. Selbst Einwanderungsbeschränkungen, die in Westeuropa vorhanden sind, können von dieser Tatsache nicht ablenken. Erstens besteht die klassische Arbeiteremigration auf bilateraler Basis weiter in Form einer selektiven Rekrutierung für spezielle Berufe. Außerdem wird ein Anstieg von Einwanderungen auf dem Seitenweg der Familienzusammenführung beobachtet - wie zum Beispiel durch eine neue Heirat zwischen einem Auswanderer (oder dem Kind eines Auswanderers) und einem Partner aus dem Ursprungsland, welche zu einer Einwanderung des letzteren in das Aufenthaltsland des ersten führt. Zweitens beobachten wir eine wachsende Wanderungsbewegung bei Nichteuropäern zwischen Ländern der Union; drittens kommen weiterhin jede Menge Flüchtlinge in die westeuropäischen Länder. Tatsächlich ist der Einlaß von Flüchtlingen eines der Hauptmittel, um die Lücken des Arbeitsmarktes zu schließen. Und viertens werden trotz aller Beschränkungen weiterhin Einwanderer - die vor allem nach Deutschland strömen - zugelassen, was schwere Konflikte zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen schafft. Diese widersprüchlichen Tatsachen sowie den Mangel an Sozialpolitik bekommen vor allem die Emigranten und ethnischen Minderheiten in Europa zu spüren, was ihre Situation noch schwieriger gestaltet.

Von seiten internationaler und europäischer Organisationen werden im Kampf gegen einen aggressiven Nationalismus, ansteigenden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa viele Anstrengungen unternommen wie zum Beispiel in Form von Vereinbarungen zum legalen Status von Gastarbeitern und zur Ausschaltung aller Arten von Rassendiskriminierung. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die Gründung einer Europäischen Union auch zur Schaffung einer "europäischen Festung" führt, die ein Verteidigungssystem gegen die massive Einwanderung aus weniger entwickelten Ländern bildet.

Was könnten die Motivationen für eine rassistische Einstellung in unserer Gesellschaft sein? Sind es die ideologischen Lücken, die dafür verantwortlich sind? Ist das Wiederaufleben des ethnischen Nationalismus in Osteuropa eine Konsequenz des spirituellen und mentalen "schwarzen Lochs", welches der Auflösung des kommunistischen Systems gefolgt ist? Beeinflußt die Bildung der Europäischen Union, in der - wie schon erwähnt - viele eine europäische Festung sehen, die rassistischen Tendenzen in unseren Ländern? Haben wir es mit einer moralischen Krise im Westen zu tun, in der Toleranz als Synonym für Gleichgültigkeit genommen wird, oder erleben wir eine Krise der humanistischen europäischen Werte? Handelt es sich um eine wirtschaftliche Krise, die einen wachsenden Teil der europäischen Bevölkerung ausschließt?

Die formalen demokratischen Mechanismen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und anderen Erscheinungsformen der extremen Rechten haben offensichtlich Grenzen. Aber es gibt trotz allem noch genügend soziale, juristische und wirtschaftliche Schritte, die wir in der Zukunft anwenden können, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft, die Zulassung zum Wahlrechts und das Recht auf Kandidatur für Lokalwahlen, Maßnahmen zur Gleichberechtigung, Verabschiedung von Gesetzen gegen Diskriminierung und eine strengere Kontrolle der Organisationen der extremen Rechten sind wichtige Mittel, um die Situation der Emigranten zu verbessern und gegen Rassismus vorzugehen.

In diesem Prozeß spielt die Bildung eine wesentliche Rolle. Die Mehrzahl der Bildungssysteme der verschiedenen europäischen Länder ist nicht dazu geeignet, zukünftige Generationen auf

internationale Mobilität und kulturelle Vielfalt vorzubereiten. Der Sozialisierungsprozeß, der von den Familien, Schulen usw. betrieben wird, bedarf einer völlig neuen Konzeption - u.a. eine Überarbeitung der Schulbücher - um die Aneignung antirassistischer Werte zu unterstützen. Die Beschäftigung mit fremden Kulturen könnte den Respekt vor Einwanderern und Minderheiten im eigenen Land - und das Verständnis für sie - fördern.

Die aktuelle Einwanderungspolitik in den europäischen Staaten gründet sich auf das Prinzip gleicher Pflichten - zum Beispiel die Achtung des Grundgesetzes und anderer Gesetzlichkeiten - durch die Gastarbeiter. Dennoch folgt ihre Eingliederung ins System nicht dem Prinzip der gleichen Rechte und Chancen für alle. Obwohl Einwanderer ebenso Steuern zahlen und Gesetzen folgen müssen, ihr Leben genauso durch Regierungsentscheidungen beeinflusst ist wie das der Einheimischen, haben sie dennoch nicht oder nur wenig Möglichkeiten, in den Entscheidungsprozeß einzugreifen. Dieser Tatbestand trifft vor allem auf Länder wie Deutschland zu, wo Ausländern weder ein Wahl- noch ein Kandidaturrecht zuerkannt wird.

Wenn eine große Anzahl von Menschen mit ständigem Aufenthaltsrecht in einem Land nicht wählen darf, ist die Legitimität des politischen Entscheidungsprozesses geschwächt. Die Existenz einer beachtlichen Anzahl von Gruppen, die nicht zur Wahl zugelassen werden, nagt an den Grundfesten der Demokratie in Europa.

Politische Beteiligung, zum Beispiel durch das Wahlrecht, könnte ein wirksames Mittel sein, um die Integration von Einwanderern und Minderheiten zu erleichtern. Es würde auch die Beschäftigung mit der Einwanderungsfrage innerhalb der Parteien vorantreiben. Außerdem könnte es auf eine wirksame, gut konzipierte Eingliederungspolitik abzielen. Die politischen Interessen der Einwanderer, die sich bisher eher an den Geschehnissen im Ursprungsland orientieren, könnten durch die Einführung des lokalen Wahlrechts auf das Gastgeberland gerichtet werden.

Nach den Ergebnissen einer Umfrage, die durch das *Zentrum für Türkeistudien* bei vier Nationalitäten (Türken, Griechen, Italienern und Ex-Jugoslawen) im September 1994 in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde, ist das Wahl- und Kandidaturrecht für Lokalwahlen für 46% der befragten Ausländer sehr wichtig. Unter den 1412 befragten Personen waren 601 Türken, 212 Griechen, 239 Italiener und 360 Bürger aus Ex-Jugoslawien.

Wenn man die Türken als gesonderte Gruppe betrachtet, zeigen die Ergebnisse der Umfrage, daß für 62% das lokale Wahlrecht in Deutschland "sehr wichtig" und für 21% "wichtig" ist. Also betrachten 83% der Türken dieses Recht als wichtig. Verglichen mit den Griechen, Italienern und Ex-Jugoslawen, zeigen die Türken ein größeres Interesse an dieser Art von politischer Beteiligung. Allerdings muß man hinzufügen, daß die Griechen und die Italiener bereits durch den Vertrag von Maastricht das Recht auf Beteiligung bei Lokalwahlen besitzen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft bietet eine andere Möglichkeit, die Eingliederung von Ausländern in den einzelnen Ländern zu fördern. Dieses trifft besonders auf Länder wie Deutschland und Luxemburg zu. Zum Beispiel könnten zahlreiche Türken die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, tun dieses jedoch nicht, da es das Aufgeben ihrer türkischen Staatsbürgerschaft erfordern würde. Für manche Türken würde dieses außerdem den Verlust des Erbrechts bedeuten. Darüber hinaus bedeutet der Verzicht auf die türkische Staatsbürgerschaft oft mehr als nur den Verlust einiger Rechte im Ursprungsland - es wird auch als Verzicht auf die eigene kulturelle Identität und als eine völlige Loslösung vom eigenen Land empfunden.

Laut den Ergebnissen der oben genannten Umfrage des *Zentrums für Türkeistudien* haben 55% der befragten Personen erklärt, unter der Bedingung die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen zu wollen, daß sie ihre derzeitige Nationalität behalten dürfen. Während zwei Drittel der Türken und Ex-Jugoslawen an einer doppelten Staatsbürgerschaft interessiert sind, sind es weniger als ein Drittel der Griechen. Wenn man die türkische und die Ex-jugoslawische Bevölkerung in Deutschland betrachtet, also 1,92 Millionen, bzw. 920 000 Personen, zeigen die Ergebnisse, daß ungefähr 1,6 Millionen Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen würden, wenn sie ihre eigene behalten dürften.

Ein anderes Mittel, daß die Eingliederung von Ausländern in Deutschland und in anderen europäischen Ländern fördern könnte, wäre die Legalisierung ihrer Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Die Wahl ist nur eine Möglichkeit, politische Präferenzen auszudrücken. Zusätzliche Mittel zur politischen Beteiligung sind notwendig, wenn Einwanderer Einfluß auf die Politik eines Landes nehmen sollen. Die Verwaltungen sollten in Personalangelegenheiten eine Politik der gleichen

Chancen praktizieren. So weit es möglich ist, sollten Stellen im öffentlichen Dienst auch für Nicht-Einheimische offen sein. Dieses würde ihre Annahme bei der Bevölkerung weiter befördern.

Endlich wäre ein weiteres gesetzliches Mittel die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes, wie man es in England und in Italien findet. Dieses würde als rechtsgültige, verbindliche Maßnahme zur Bekämpfung rassistischer Angriffe dienen.

Faruk Sen

Der Autor

Prof. Dr. Faruk Sen ist Leiter des Zentrums für Türkeistudien

Erschienen in:

**VIA REGIA** – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 46/47 1997,  
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>